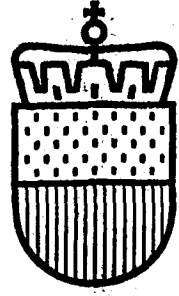


# Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich öS 260.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 70.—, monatlich öS 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 119, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 119, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Mittwoch, 10. Juni 1970

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

103. Jahrgang — Nr. 83

## Helpt helfen!

Die Erdbebenkatastrophe in Peru

Durch die furchtbare Katastrophe in Peru haben Hunderttausende einer bereits armen Bevölkerung ihre Habe und ihr Haus verloren. Das Elend in den betroffenen Gebieten ist unvorstellbar. Lassen Sie sich nicht dadurch beeinflussen, dass Peru weit weg ist — die von der Katastrophe Betroffenen warten auf die Hilfe der in Wohlstand und Sicherheit lebenden Völker. Im Namen der hilfsbedürftigen Bevölkerung danken wir Ihnen aufrichtig für jede Spende, die eingezahlt werden kann auf: Postcheck 90 - 10 364 — Liechtensteinische Landesbank, Bank in Liechtenstein AG, Verwaltungs- und Privatbank AG, Liechtensteinisches Rotes Kreuz.

Peruanisches Konsulat in Liechtenstein

## Tribüne der freien Meinung

Zuerst Ordnung im eigenen Land

In Ergänzung des Leitartikels vom Donnerstag über die schlechte Beschilderung im Raume Sargans, den ich in jeder Hinsicht unterstützen möchte, sollte auch auf die schlechte Beschilderung in unserem Lande selbst, bzw. an den Grenzübergängen hingewiesen werden. Während es mit der Schweiz wahrscheinlich offizieller Demarchen bedarf, um das Problem zu lösen, würde es im zweiten Fall genügen, wenn man endlich wenigstens die Schilder an unseren Grenzen aufstellen würde, die schon lange fertiggemalt, aber noch nicht montiert worden sein sollen. Wenn man vom Bauamt aus, erst einmal die eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringt, dann hat man moralisch auch mehr Anspruch, den Nachbarstaat auf seine Versäumnisse hinzuweisen. (Qu.)

Als Staat auftreten

Kompliment für Eueren Beitrag in Sachen Hinweistafeln beim Verkehrsknotenpunkt in Sargans. Damit wurde endlich eine Sache offengelegt, über die man sich schon lange und mit Recht ärgert. Trotzdem kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass man sich in unseren verantwortlichen Stellen nicht vehement genug einsetzt. Ich finde, dass man auch in dieser Frage als Staat auftreten und sich nicht mit den Behörden aus der unmittelbaren Nachbarschaft, sondern mit den für unsere Belange zuständigen Instanzen in Bern auseinandersetzen müsste. Schliesslich handelt es sich ja um eine Nationalstrasse. Hoffentlich geht bald etwas! (w.)

Nicht immer kritisieren

Wer sich an die Schreibmaschine setzt, um einen Leserbrief zu schreiben, hat meistens etwas zu kritisieren. So selten hört man ein Lob. Wer täglich von Mauren nach Schaanwald (oder umgekehrt) fährt, hat immer Grund zur Freude, denn die Bahnschranke ist auch manchmal offen. Wer von uns ist nicht rechtzeitig auf dem Weg zur Arbeit und schätzt am Morgen die Möglichkeit zu einem Nickerchen vor der Barrikade oder liest die Zeitung oder macht sich Gedanken, wie man dem Chef erklären soll, weshalb man schon wieder zu spät ist. Kurz: Kein Grund zum kritisieren. B.A.

**Privatkonto plus SWISS CHEQUE führen zur**  
**Verwaltungs- und Privat-Bank AG Vaduz**

## Landtag: Erst die Pauke, dann die Harfe

Der neuen VU-Garde fehlt der Blick für die Relation — Widersprüchliche Schlagworte im «Liechtensteiner Vaterland»

Wohl niemand kann die Notwendigkeit der Bekämpfung von Haltungsschäden bei Jugendlichen bestreiten. Das Problem wurde auch im Landtag richtig erkannt. Die Abgeordneten Gstöhl, Dr. Büchel und H. Verling bezeichneten die Reihenuntersuchungen als ein Gebot der Stunde. Das Parlament genehmigte einstimmig den Regierungsantrag auf Gewährung eines Kredites von Fr. 75 000.— für Reihenuntersuchungen. Dem Roten Kreuz wird aus Anlass seines 25jährigen Bestehens aus dem Erlös einer Sondermarke ein einmaliger Beitrag von Fr. 150 000.— zugesprochen. Dr. Malin: «Das Rote Kreuz aber ist ... neben allen humanitären Aspekten ein Mittel, unsere Existenz und unser Dasein in der ganzen Welt in Erinnerung zu rufen. Und nirgends und niemals anderswo wird der Name Liechtenstein derart tief ins Bewusstsein der Menschen gelegt, als wenn unter liechtensteinischem Signum Rettung bei Unglück, Hungersnot ... eintrifft.» Als einen «Akt der Gerechtigkeit» bezeichnete Hans Verling die Gleichbehandlung des liechtensteinischen PTT-Personals mit dem Staatspersonal.

Der Landtag entsprach dem Kreditantrag der Regierung auf Fr. 70 000.— für Gratifikationen

des PTT-Personals. Sicherlich werden noch Jahre vergehen, bis das neue Landesspital gebaut ist. Die Notwendigkeit eines Erweiterungsbau beim jetzigen Spital in Vaduz, in dem wohl jeder von uns gezwungenermassen einmal sein kann, ist unbestritten. Der Landtag erachtete daher die Ausrichtung einer Subvention von 50 Prozent als gerechtfertigt. Auch der vorsorgliche Erwerb einer Bauparcelle für die Post Mauren erscheint im Hinblick auf die Zukunft als unumgänglich.

All diese Kreditanträge, die sich aufdrängen und nicht zu umgehen sind, wurden vom Landtag einhellig genehmigt und vom «Liechtensteiner Vaterland» als «Ein tiefer Griff in die Staatskasse» bezeichnet. Nun, den Finanzpolitikern der VU scheinen die Augen immer noch nicht aufgegangen zu sein. Bei der Rad-Weltmeisterschaft zeigte sich erstmals deutlich das bergbäuerliche Denken der neuen VU-Garde. Man sah nur einen Betrag von Fr. 200 000.—. Es fehlte am Ueberblick, am Erfassen der Relationen, am Erkennen des Verhältnisses Investition — Ertrag im staatspolitischen Sinne. Man kann nicht umhin, diesen Wechsel der Töne als eine gewisse Konzeptlosigkeit in der Finanz-

politik zu bezeichnen. Noch vor Wochen glaubte der Leser des «Vaterland» die Staatskasse müsste jeden Augenblick vor Ueberfülltheit platzen. Das Organ der VU schrieb: «während das Geld beim Staat überfließt und während die Staatsverwaltung ... 28 Millionen an Rückstellungen, die zweckentfremdet im allgemeinen Staatshaushalt verfloren sind, aufgelöst hat» (28. Februar 1970). Am 21. Februar: «Solange das Geld beim Staat überfließt ...» Am 25. Februar ... «einen stärkeren Anteil der Gemeinden am momentanen Geldüberfluss des Staates.» ... «2,8 Millionen Franken sind nur ein Teil der hohen Ueberschüsse des Staates.» Daraus reagierte das «Vaterland» auf unsere Hinweise auf die möglichen Konsequenzen mit den Hammerschlägen: «Die Verzerrung im Volksblatt ist also nichts weiter als ein parteipolitisches Störmanöver, bemäntelt mit dem Argument verantwortungsvoller und vernünftiger Finanzpolitik.» Die Instrumente hat man sehr schnell gewechselt. Von der Pauke stieg man auf die Harfe. «Ein tiefer Griff in die Staatskasse» wenn es um unumgängliche Postulate geht, überfüllte Staatskasse, wenn man mit Geldverteilung politisches Kapital erheischen will. (gk.)

## Religionsunterricht

Antwort der VU im «Vaterland» auf eine «Kleine Anfrage» des Abgeordneten A. Gerner

Wie bereits berichtete, wandte sich der jüngste Abgeordnete unseres Landtages, Anton Gerner (Eschen), in der öffentlichen Sitzung vom Donnerstag mit einer «Kleinen Anfrage» an den Regierungschef. Die Anfrage hatte folgenden Wortlaut:

«Wie Sie sicher alle gehört haben, wird in den letzten Monaten vermehrt über den Religionsunterricht an unseren Schulen diskutiert und darin auch oft Kritik geübt.

Ich befürworte daher den vorliegenden Antrag über die Schaffung einer hauptamtlichen Religionslehrerstelle für die beiden Realschulen sehr, möchte aber bei dieser Gelegenheit an den Herrn Regierungschef als Vorsitzenden des Landesschulrates folgende Fragen stellen:

1. Wie steht es zur Zeit mit dem Religions-

unterricht an unseren Schulen (Volksschule/Abschlussklassen/Gymnasium)?

2. Ist die momentan vorgesehene Stundenzahl richtig bemessen oder wieviel Stunden sind für die Zukunft für die einzelnen Stufen vorgesehen oder werden zur Zeit Studien darüber gemacht?

3. Was gedenkt der Landesschulrat in dieser Angelegenheit zu unternehmen, wie stellt er sich die Lösung dieses Problemes vor?»

Der Regierungschef versprach, nach Konsultation mit dem Landesschulrat, in der nächsten Sitzung Antwort auf die Anfrage zu geben. In einem «Leserbrief», der von einem «kath. Laien» unterzeichnet ist, hat das VU-Mehrheitsorgan die Anfrage des Abgeordneten Anton Gerner auf seine Weise beantwortet. Es heisst darin wörtlich:

«Aus dem Landtagsbericht des Volksblattes entnehme ich, dass der Abgeordnete Anton Gerner an den Regierungschef die Frage gerichtet hat, «wie sich der Landesschulrat (dessen Vorsitzender der Regierungschef von Amtes wegen ist) zur Frage des Religionsunterrichtes stelle, nachdem dieses Thema in letzter Zeit häufig und heftig diskutiert werde. Es gehe ihm darum, wie man den Religionsunterricht in den Volksschulen, den Abschlussklassen und im Gymnasium zu gestalten beabsichtige.»

Als katholischer Laie finde ich es recht sonderbar, dass der Regierungschef bzw. der Landesschulrat noch den Religionsunterricht zu kontrollieren hat. Das geht dann doch zu weit. Wir haben noch kein Staatskirchentum, wo der Staat wie im früheren Oesterreich (soweit ich vom Geschichtsunterricht her noch weiss, nannte man das «Josephinismus») überall in kirchliche Dinge dreinredete. Oder sind wir sogar schon dort angelangt, wo bei uns wie in der Tschechei ein Kultusminister eingesetzt wird, um die Kirche zu kontrollieren? Das würde bei uns noch fehlen. Da würden sich nicht nur die katholischen Geistlichen, sondern auch die beiden protestantischen Pfarrer bedanken.

Die Schulbehörde und damit der Staat hat nach meiner Auffassung den religiösen Unterricht zu garantieren und zu fördern. Wir wollen eine religiöse (Fortsetzung Seite 2)

## Unverzeihliche Verantwortungslosigkeit

Landtag: Vier «Kleine Anfragen» genügten, um die VU-Regierungsmehrheit unsicher und nervös zu machen!

Jahre haben die Vaterländische Union und ihr Presseorgan, das «Liechtensteiner Vaterland», darauf verwendet, der FBP und ihren Mandatsträgern Unfähigkeit in der Staatsführung und noch mehr vorzuhalten. Heute genügen schon vier Fragen im Landtag um die VU-Regierungsmehrheit nervös zu machen.

Das «Liechtensteiner Vaterland» füllt nahezu zwei Seiten um vier kleine Sachfragen aus der Welt zu reden. Das Mehrheitsorgan versteigt sich dabei in konfusen Darlegungen und ist darüber hinaus mit Schimpfworten nicht sparsam. Da ist von «unverzeihlicher Verantwortungslosigkeit» die Rede, von «Unverfrorenheit», von «unverschämte» und anderen Dingen. Alles nachzulesen im Leitartikel des «Vaterland» vom 9. Juni 1970.

Das sind die Anfragen,

die das VU-Organ dermassen aus der Fassung gebracht haben: Der FBP-Fraktionssprecher Dr. Marxer wollte wissen, welche grundsätzliche Haltung unsere Regierung zum Angebot der EWG, exploratorische Gespräche aufzunehmen, einnehme? Ausserdem wollte er wissen, ob Liechtenstein in solchen Gesprächen selbstständig vorgehe oder von der Schweiz vertreten werde. Schliesslich wollte er wissen, ob die Regierung auf solche Gespräche vorbereitet sei und wer die Integrationsfrage speziell bearbeite? Schliesslich fragte er noch, weshalb die vom Landtag seinerzeit bewilligte Beamtentstelle für Integrationsfragen noch nicht ausgeschrieben worden sei?

Der Abgeordnete Dr. Ernst Büchel wies auf die bevorstehende Erhöhung der AHV-Renten in der Schweiz hin und wollte wissen, ob diesbezügliche Schritte auch von unserer Regierung vorbereitet würden?

Der Abgeordnete Emanuel Vogt fragte den Regierungschef, wann mit dem Baubeginn der Realschule in Balzers gerechnet werden könne und der Abgeordnete Anton Gerner wollte vom Regierungschef wissen, wie sich der Landesschulrat zum heftig diskutierten Problem des Religionsunterrichtes stelle? — Das sind die

Antworten des Regierungschefs:

zur Frage Dr. Peter Marxer: man hätte die Frage schon im November stellen sollen (über den Rest informieren wir Sie nach Vorlage des Protokolls);

zur Anfrage Dr. Büchel: wegen der AHV-Revision liege noch nichts bei der Regierung. Das ganze sei noch im AHV-Verwaltungsrat zum Studium;

zur Anfrage Emanuel Vogt: er (der Regierungschef) wolle sich beim Bauamt erkundigen; zur Anfrage Anton Gerner: er müsse sich beim Landesschulrat erkundigen. Die Antwort werde das nächste Mal gegeben.

«Unverzeihliche Verantwortungslosigkeit»

Während die Beantwortung der Anfragen von Dr. Ernst Büchel, Anton Gerner und Emanuel Vogt auf die nächste Sitzung zurückgestellt wurden, wollte man dem Abgeordneten Dr. P.

Marxer einen Maulkorb anlegen. Was der Regierungschef selbst im Landtag dann doch nicht zu sagen wagte, steht im «Vaterland» vom Dienstag: «Die Frage der europäischen Integration, als eigentliche Schicksalsfrage des Landes, entgegen den schriftlichen Abmachungen in die parteipolitische Arena zu zerren ist unverzeihliche Verantwortungslosigkeit.»

Was, so muss man sich hier fragen, ist unverzeihlich und verantwortungslos? Etwa wenn ein Abgeordneter fragt, welche grundsätzliche Haltung die Regierung in Sachen Integration einnimmt? Oder wenn er sich erkundigt, wer mit diesen Fragen befasst ist? Oder wenn er sich erkundigt, was mit einer Stelle geschehen ist, die der Landtag schon vor Monaten beschlossen hat?

Welche schriftlichen Abmachungen werden hier verletzt? Aus den Reaktionen der VU-Regierungsmehrheit spricht ein Mass von Unsicherheit und Kopflösigkeit, das ihr selbst die grössten Pessimisten nicht zugemutet hätten.

**OMEGA**  
bei  
**huber**  
Uhren · Bijouterie · Optik  
Vaduz und Schaan